

## Bericht aus Berlin

Norbert Brackmann informiert

*Liebe Freunde,*

die Flut hat vieles durcheinander gebracht. Lauenburg wurde unfreiwillig Opfer einer zwei- bis dreiwöchigen Dramatik, die mit neuen Rekord-Pegelständen und der Überflutung der Unterstadt ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat.

Viele Landes- und Bundespolitiker sowie unsere Bundeskanzlerin höchst persönlich sind zu uns gekommen, um sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen und ein Zeichen der landes- und bundesweiten Solidarität zu geben.



Mein Dank geht vor allem an die vielen Helferinnen und Helfer, die teilweise rund um die Uhr im Einsatz waren und Schlimmeres verhindern konnten. In der schweren Stunde stehen wir in Deutschland tatsächlich zueinander, worauf man auch stolz sein kann, wie es die Bundeskanzlerin in ihrer Rede im Bundestag am vergangenen Dienstag ausgedrückt hat.

Ich selbst habe heute eine Rede im Bundestag zum nun beschlossenen **Aufbauhilfefonds (8 Mrd. €)** gehalten. Mir war es wichtig auf drei Maßnahmen besonders hinzuweisen.

Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt den Kreis der Empfänger von Fluthilfemitteln gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf zur Aufbauhilfe zu erweitern. Nun sind neben Privaten und Unternehmen auch sonstige Einrichtungen wie zum Beispiel Vereine und Stiftungen antragsberechtigt. Damit kann u.a. das Künstlerhaus Lauenburg, das vom Hochwasser betroffen ist, Gelder erhalten.

Zudem war es mir wichtig aufzuzeigen, dass alle in einem Boot sitzen. Zwar finanziert der Bund kraft guter Haushaltslage den Aufbauhilfefonds i.H.v. 8 Mrd. € vor, jedoch können sich die Länder nicht auf die faule Haut legen, sondern müssen einen Anteil dazu beisteuern. Dies soll durch eine Senkung des Umsatzsteuerbetrages an die Länder bis 2019 geschehen und dann durch direkte Zahlungen bis 2033.

Um den Hochwasserschutz zu beschleunigen, habe ich mit meinen Kollegen der Regierungskoalition einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir u.a. die Bundesregierung auffordern Vorschläge für erforderliche gesetzliche Änderungen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren für Hochwasserschutzanlagen zu erarbeiten, sowie länderübergreifende einheitliche Maßstäbe u. a. für die Deichhöhe koordiniert festzulegen.

Die bisherigen Verbesserungen des Hochwasserschutzes an der Elbe haben aber auch gezeigt: Den Letzten beißen die Hunde! Deshalb wird es jetzt höchste Zeit für Lauenburg ebenfalls den technischen Hochwasserschutz so zu stärken, dass die Bewohner der Unterstadt genauso wie z.B. in Hitzacker vor Fluten dieses Ausmaßes sicher sind.

## Bundeskabinett verabschiedet Haushaltsentwurf 2014

Der Bundesfinanzminister Dr. Schäuble hat am Mittwoch den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2014 im Haushaltsausschuss vorgestellt. Beraten wird der Haushalt 2014 erst in der kommenden Legislaturperiode, hoffentlich wieder unter christlich-liberaler Führung. Denn durch unsere solide Haushaltspolitik ohne Schnörkel und Steuererhöhungen können wir Erfolge für unser Land und für die nachfolgenden Generationen vorweisen, die es schon lange nicht mehr gegeben hat.

Die Bundesregierung plant für das Jahr 2014 eine Neuverschuldung von 6,2 Mrd. Euro ein – so gering wie zuletzt vor 40 Jahren!

Zu Erinnerung: Der ehemalige Finanzminister Steinbrück plante vor seinem Abtritt aus dem Bundesfinanzministerium eine Neuverschuldung von über 80 Mrd. Euro für das Jahr 2010 ein.

Die gute Entwicklung der Neuverschuldung - im Jahr 2015 planen wir gar keine neuen Schulden mehr aufzunehmen – ist nicht nur Ergebnis der soliden Haushaltspolitik, sondern auch Ergebnis der hart arbeitenden Bevölkerung, der guten Konjunktur, der hohen Steuereinnahmen und der niedrigen Zinsen.

Gemeinsam ist man stark! Momentan haben wir solide Finanzen. Wir werden trotz aller Preissteigerungen 2014 3% weniger ausgeben als 2010. Nachhaltiges Wirtschaften ist das A und O. Und das haben wir in dieser Legislaturperiode gezeigt: 2010 bis 2017 planen wir mit einem Ausgabenanstieg von +1,5%. Zum Vergleich: In den Jahren 2004 bis 2009 (Finanzminister Steinbrück) hatten wir noch ein Ausgabenwachstum von +16%.

Steuererhöhungen so wie sie die SPD und die Grünen fordern machen keinen Sinn – außer einen Belastungssinn.

### Terminvorankündigung

Bei den Kolleginnen und Kollegen, die sich um ein kommendes Mandat beworben haben, möchte ich mich herzlich bedanken. Sie haben die bevorstehende Sommerpause verdient. Aus leicht erkennbaren Gründen werde ich mir eine solche Pause nicht gönnen.

Am Montag starte ich meine Arbeitswoche im Wahlkreis in der Till- Stadt - Mölln, die aktuell ihren ganz eigenen Zauber hat. Sie ist eine Kinderstadt!

Immer wieder begeistert bin ich, mit wie viel Kraft, Freude und Liebe dieses jetzt bereits zum 8. mal stattfindenden Stadt-Spiel mit 300 Kindern und Jugendlichen in Kooperation mit den 130 ehrenamtlichen Betreuern / Betreuerinnen gestaltet wird.

Ihr Norbert Brackmann

